Status: öffentlich

Beschluss der Sechsten Sitzung zur Änderung der Hauptsatzung der Gemeinde Papendorf

Amt / Sachbearbeiter/in: Fachbereich Bürgerdienste / Blotenberg, Jörg

Erstellungsdatum: 16.01.2020

Beratungsfolge:		Beschluss Nr.:	
Datum der Sitzung	Gremium		
12.11.2019	Hauptausschuss Papendorf		
28.11.2019	Gemeindevertretung Papendorf		
27.02.2020	Gemeindevertretung Papendorf		

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung beschließt die in der Anlage vorliegende Sechste Sitzung zur Änderung der Hauptsatzung der Gemeinde Papendorf.

Beratungsergebnis:

Gremium:

Sitzung am:

TOP:

Einstimmig
 mit Stimmenmehrheit

laut Beschlussvorschlag
 Abweichender Beschlussvorschlag

Ja-Stimmen: _____

Nein-Stimmen: _____

Stimmenenthaltungen: _____

Problembeschreibung/Begründung:

Die Gemeindevertretung hatte in ihrer Sitzung am 26.09.2019 den Satzungsbeschluss für die 5. Änderung gefasst. Im Rahmen von Anzeigeverfahren für inhaltsgleiche Hauptsatzungsänderungen anderer Gemeinden des Amtes stellte die untere Rechtsaufsichtsbehörde fest, dass die Anpassung der Entscheidungskompetenzen des Bürgermeisters an das neue Vergaberecht rechtswidrig ist. Die Gemeindevertretung kann Entscheidungsrechte innerhalb bestimmter Wertgrenzen übertragen, aber nicht insgesamt (§ 22 Abs. 4 Nr. 3 der Kommunalverfassung). Dabei ist es unerheblich, dass bereits die Ausgangssatzung von 2011 das bisher so geregelt hat. Somit ist das Einziehen einer Wertgrenze erforderlich. Diese mit dem Erreichen der EU-Schwellenwerte zu setzen, stellt eine praktikable Lösung dar.

Die Entscheidung wurde in der Sitzung am 28.11.2019 zunächst zurückgestellt, so dass sich die Gemeindevertretung nunmehr erneut hiermit befassen soll.

Finanzielle Auswirkungen

keine

entfällt

Einvernehmen erteilt
Bürgermeister

fachliche Richtigkeit
Stellvertreter der
leitenden Verwaltungsbeamtin

haushaltsrechtliche Richtigkeit
Fachdienstleiterin Finanzverwaltung

Anlagen

Sechste Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Gemeinde Papendorf

Bemerkung:

Aufgrund des § 24 Abs. 1 der Kommunalverfassung haben folgende Mitglieder des Gremiums weder an der Beratung noch an der Beschlussfassung mitgewirkt:

.....
Bürgermeister

.....
stellv. Bürgermeister/in